



SEITE 2
Gesine Schwan fordert eine neue Kultur der Gemeinsamkeit

SEITE 3
Steuerflucht wirksam bekämpfen



SEITE 4
Konjunkturpaket II kommt in Betrieben an

SEITE 5
Im Gespräch: Berthold Huber, Vorsitzender der IG Metall

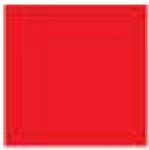


SEITE 6
Das soziale Europa stärken

SEITE 7
Erneuerbare Energien statt Ausbau der Atomkraft

SEITE 8
Gleiche Chancen für Frauen

GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 2/2009

Finanzmärkte regulieren – jetzt handeln

G20 für grundlegende Neuordnung

In einem Punkt sind sich alle einig: Die Beschlüsse, die der G20-Finanzgipfel Anfang April in London gefasst hat, haben durchaus historische Ausmaße. Eine so umfassende Reform der weltweiten Wirtschafts- und Finanzordnung ist seit Jahrzehnten nicht mehr in Angriff genommen worden. Und: Die Londoner Beschlüsse der G20 zeigen, dass die SPD-Bundestagsfraktion mit ihren Forderungen zur Regulierung der Finanzmärkte auch international den richtigen Ton trifft: Bereits im Februar 2009 hatten Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück ein entsprechendes Grundsatzpapier vorgestellt: „Die Finanzmärkte grundlegend neu ordnen“, so der Titel.

Der Großteil der sozialdemokratischen Forderungen deckt sich mit den Beschlüssen der G20: ob es um die Einrichtung stärkerer internationaler Aufsichtsbehörden geht, um die Regulierung von Hedge-Fonds, um das Austrocknen von Steueroasen oder um mehr Transparenz bei den so genannten „Ratingagenturen“. Wirklich historisch werden die Ergebnisse des G20-Gipfels aber nur, wenn den Wor-



ten auch Taten folgen. „Die Beschlüsse müssen jetzt auch konsequent umgesetzt werden“, erklärt Frank-Walter

Steinmeier. „Ein Selbstläufer ist das noch lange nicht.“ ■

Mehr zum Thema: Seite 3

Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier haben sich durchgesetzt. Die Beschlüsse der G20 folgen ihren Vorschlägen zur Weltfinanzordnung.

Krise darf nicht kurzfristig machen

Firmenpleiten, Entlassungen – täglich gibt es neue Hiobsbotschaften vom Arbeitsmarkt. Ohne Frage – die Lage ist ernst, die Auftragslage schwierig, und die Krise geht auch an gesunden Unternehmen nicht spurlos vorbei. „Die Krise darf aber nicht kurzfristig machen“, fordert Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) und betont:

„Wir müssen an die Zukunft denken und uns gemeinsam um die Ausbildung von Jugendlichen kümmern.“ Er appelliert außerdem an alle Unternehmen, „die Kurzarbeit zu nutzen und nicht mit Entlassungen Fakten zu schaffen, die dauerhaft sind“. Ein Appell, der in den Betrieben ankommt. ■

Mehr zum Thema: Seite 4

Die Beschlüsse der G20

- Mit der Einrichtung eines „Financial Stability Board“ wird die internationale Finanzaufsicht verbessert.
- Um gegen Steueroasen vorzugehen, werden schwarze Listen von Staaten veröffentlicht, die die Zusammenarbeit bei Steuerkontrollen verweigern.
- Hedge-Fonds sollen in die Finanzmarktregulierung einbezogen werden.

Aufgespießt

Der FDP-Vorsitzende Westerwelle sagt:
„Wer mit dem leichten Wort der Steueroase das Thema angeht, der macht es sich zu einfach.“

Wir sagen: Wer nicht einmal das Wort „Steueroase“ in den Mund nehmen will, der wird es schwer haben, etwas gegen Steuerflucht zu unternehmen.

Prof. Dr. Kurt J. Lauk, Präsident des CDU-Wirtschaftsrats, sagt:
„Zu den Aufgaben des Staates gehört es nicht, einzelne Unternehmen zu retten.“

Wir sagen: Zu den Aufgaben des Staates gehört es aber, alles ihm Mögliche zu tun, um die Arbeitsplätze tausender Menschen zu schützen.

Oskar Lafontaine, Vorsitzender DIE LINKE, sagt:
„Wenn Macht bedeutet, etwas zu ändern, dann kann die Oppositionsrolle mächtiger sein als Regierungsbeteiligung.“
 Wir sagen: Wer nicht bereit ist, Regierungsverantwortung zu übernehmen, der kann auch nichts verändern.

Rainer Brüderle, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, sagt:
„Die FDP-Fraktion will, dass die Eigentümer in der Hauptversammlung über die Vergütung der Vorstände entscheiden.“
 Wir sagen: Wie weniger Mitbestimmung und weniger Beteiligung von Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräten überbordende Managergehälter verhindern soll – das müsste die FDP noch einmal erklären.

Norbert Röttgen, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, sagt:
„Wir haben zu stark in dem Irrtum gelebt, der Markt sei sich selbst genug und könne Missstände regeln.“
 Wir sagen: Stimmt.

Für eine neue Kultur der Gemeinsamkeit

Fragen an Gesine Schwan, SPD-Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin



Gratulieren kann man Gesine Schwan im Mai in jedem Falle: Einen Tag vor der Bundespräsidentenwahl am 23. Mai feiert die Politikwissenschaftlerin, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder bis 2008, ihren 66. Geburtstag.

Die Krise scheint die Gesellschaft in den Köpfen der Menschen weiter zu spalten – in „die da oben“ und „uns hier unten“. Wie lässt sich diese Spaltung überwinden?

Wir brauchen eine neue Kultur der Gemeinsamkeit. Wir müssen erkennen, dass wir nur weiter kommen, wenn wir nicht gegeneinander antreten, sondern füreinander eintreten. In diesem Zusammenhang erwarte ich auch vom Arbeitgeberlager ein klares Signal, dass man zu den bewährten Grundsätzen der kooperativen Konfliktkultur und der Sozialen Marktwirtschaft zurückkehren will. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren genügend Zugeständnisse gemacht.

Was sind für Sie die drei wichtigsten Dinge, die in der Arbeitswelt in den kommenden Jahren „gerechter“ werden müssen?

Wir brauchen unter den Bedingungen weiter steigender Ratio-Effekte und einer damit verbundenen Intensivierung der Wertschöpfung eine neue

Debatte über die Humanisierung der Arbeitswelt. Wir müssen darüber reden, wie wir die Beschäftigung derer sichern, die durch Produktivitätssteigerungen ihre angestammten Arbeitsplätze verlieren. Und: Wir brauchen eine faire Entwicklung der Reallöhne und eine Angleichung der Entlohnung von Frauen und Männern.

Die Europawahl steht an, die EU ist im Fokus der Diskussionen um ein internationales Krisenmanagement. Kann Europa gestärkt aus der Krise hervorgehen?

Wir müssen das soziale Europa verwirklichen. Und gleichzeitig das Freiheitliche bewahren. Urteile wie die des Europäischen Gerichtshofs zu Volkswagen, Laval und Viking sind deswegen ärgerlich, weil sie das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa unterminieren. Gelingt es uns, die Menschen für das Projekt Europa zurück zu gewinnen, kann Europa nur gestärkt aus der Krise hervorgehen. Denn wirksam gegen die Krise angehen können wir Europäer nur gemeinsam. ■

Flächentarif: Ein starkes Stück Deutschland

Tarifverträge schützen Beschäftigte und sichern Lohn. Doch in Deutschland befindet sich der Flächentarif auf dem Rückzug.

Vor 60 Jahren trat das Tarifvertragsgesetz in Kraft. Auf seiner Grundlage wurden seitdem rund 370 000 Tarifverträge abgeschlossen. „Das Tarifvertragsgesetz ist ein Kernstück unserer sozialen Marktwirtschaft. Unser Wohlstand und unsere Lebensqualität ruhen maßgeblich auf der Sozialpartnerschaft und damit auf der Möglichkeit der Tarifpartner, gemeinsam in Flächentarifverträgen die Bedingungen der Arbeit zu bestimmen“, urteilt Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD).

Doch „seit Mitte der 1990er Jahre befindet sich das deutsche Tarifvertragssystem in einem schleichenden Erosionsprozess“, analysieren Experten vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Ursachen seien der rückläufige gewerkschaftliche Organisationsgrad, die abnehmende Tarifbindung von Unternehmen, aber

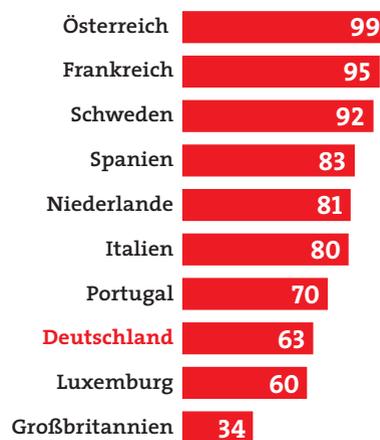
auch die Tatsache, dass – anders als in vielen europäischen Nachbarländern – immer weniger Tarifverträge wegen einer „Blockadehaltung“ der Arbeitgeberverbände für allgemeinverbindlich erklärt werden.

Noch 1991 waren das rund 5,4 Prozent aller Verträge. „Heute sind es gerade einmal 463 von 70 632 gültigen Tarifverträgen. Das ergibt eine Quote von weniger als 0,7 Prozent“, so Scholz. „Dass wir derzeit eine Debatte über Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder gar über gesetzliche Mindestarbeitsbedingungen in schwach organisierten Bereichen führen, ist Ergebnis dieser Abwendung von einem guten Instrument“, sagt er und betont: „Der Flächentarif ist ein starkes Stück Deutschland. Wer ihn wieder stärken will, der hat im Arbeitsminister einen engagierten Verbündeten.“

Auch in der SPD-Bundestagsfraktion. „Ich wäre froh, wenn wir als Staat nicht gefordert wären“, erklärt Andrea Nahles, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Doch wenn die Tarifbindung beständig sinkt, müssen die Beschäftigten vom Gesetzgeber etwa durch Mindestlöhne geschützt werden. ■

Deutschland: Tarifbindung nimmt ab

Anteil der Beschäftigten, die in tarifgebundenen Unternehmen arbeiten (in Prozent)



EU-Kommission / Hans-Böckler-Stiftung 2009

Im letzten Jahrzehnt ist die Tarifbindung in Deutschland kontinuierlich gesunken. In den Ländern der alten EU werden die Lohn- und Arbeitsbedingungen nur in Luxemburg und Großbritannien noch seltener durch Tarifverträge geregelt.

Neue Finanzordnung in den Startlöchern

SPD-Bundestagsfraktion begrüßt Ergebnisse des G20-Finanzgipfels – Absage an Protektionismus

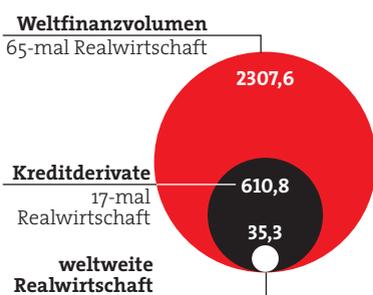
// „Ziel einer wirkungsvollen Aufsicht ist es, dass kein Markt, kein Akteur, kein Staat und Territorium, kein Produkt unbeaufsichtigt bleibt!“ //

Das forderten Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) bereits im Februar in ihrem Grundsatzpapier „Die Finanzmärkte grundlegend neu ordnen“. Und der G20-Gipfel war in dieser Hinsicht ein voller Erfolg – auch für die Positionen der SPD-Bundestagsfraktion. Denn die G20-Staaten haben sich genau auf diese umfassende Regulierung und Kontrolle aller Akteure und Märkte geeinigt. Das sei ein Durchbruch, erklärte Peer Steinbrück im Anschluss an den Gipfel.

Besonders positiv bewertet die SPD-Bundestagsfraktion die G20-Ergebnisse auch deshalb, weil sie nationalem Protektionismus eine Absage erteilt haben. „Die Staaten sitzen alle in einem Boot, deshalb kann die gegenwärtige

Profit auf Pump

Wert von Weltfinanzvolumen*, Kreditderivaten und weltweiter Realwirtschaft im Vergleich (in Billionen Euro), Zahlen von 2007



*Gesamtheit aller Kredite, Finanzprodukte, Devisenmärkte etc
Quelle: Gewerkschaft Unia, Schweiz/ Fahmi, Cargo3

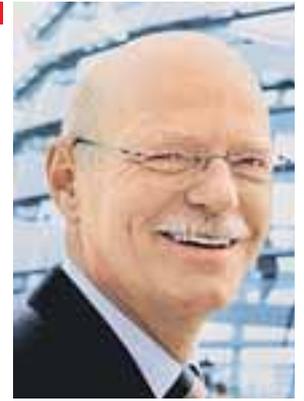
Profit auf Pump – das war bis vor kurzem die goldene Regel vieler Akteure auf den Finanzmärkten. In den vergangenen Jahren ist das Weltfinanzvolumen auf den 65-fachen Wert der Realwirtschaft gestiegen: eine riesige Blase, die irgendwann platzen musste.

Krise auch nur gemeinsam bewältigt werden“, so Angelica Schwall-Düren, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

Mit der Stärkung internationaler Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) sei ein „eindeutiges Signal gegen Abschottung und Protektionismus“ gegeben worden, meint auch Manfred Zöllmer, Sprecher des Ausschusses für Globalisierung und Weltwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion.

Dass die Wirtschaft der G20-Staaten nicht isoliert, sondern im weltweiten Zusammenspiel diskutiert wurde, zeigt ebenso die eine Billion US-Dollar, die als Krisenhilfe für Entwicklungs- und Schwellenländer zur Verfügung gestellt wurde. „Ich begrüße, dass der G20-Gipfel die Verwirklichung der Millenniums-entwicklungsziele und die Notwendigkeit der Steigerung der Entwicklungsausgaben betont hat“, meint Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD). ■

Unser Ziel: Gute Arbeit



Von Dr. Peter Struck, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Entwurf unseres Regierungsprogramms steht. Ganz vorn auf der Liste, mit der Frank-Walter Steinmeier ins Kanzleramt ziehen soll, ist das Kapitel „Gute Arbeit“. Auch und gerade in Zeiten des Abschwungs ist für die SPD Vollbeschäftigung ein Ziel, an dem es festzuhalten gilt. Dafür steht die SPD-Bundestagsfraktion. Aber Arbeit ist kein Selbstzweck. Wir wollen, dass sie gerecht entlohnt wird und dass sie sowohl Familie als auch Weiterbildung möglich macht. Erst dann ist es Gute Arbeit. Wer arbeitet, hat Rechte. Der Kündigungsschutz und das Recht darauf, in der Firma einen Betriebsrat einzusetzen, gehören dazu. Nur wenn wir diese Rechte schützen, verdient die soziale Marktwirtschaft ihr Attribut.

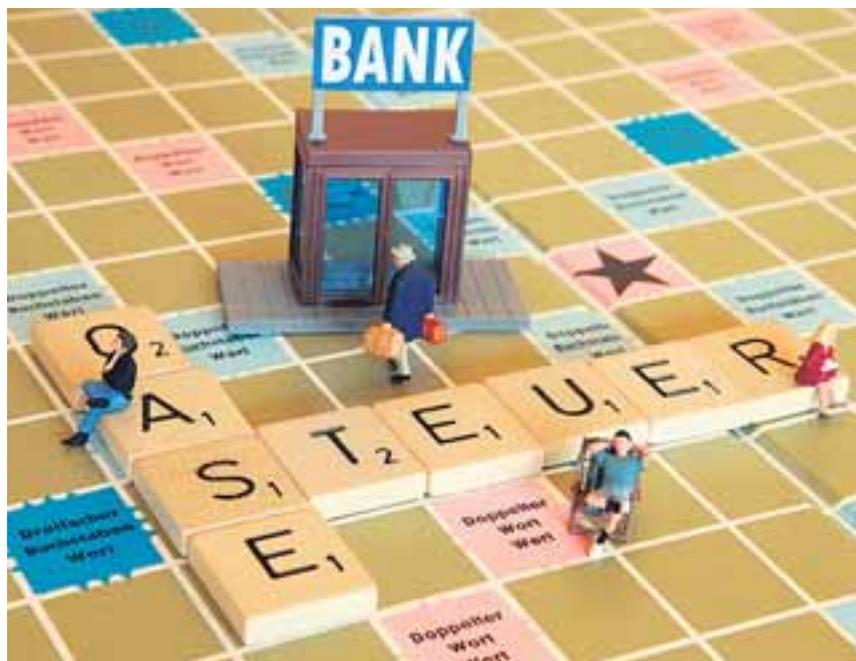
Gleiche Arbeit muss gleich entlohnt werden. Frauen müssen das gleiche Geld bekommen wie ihre männlichen Kollegen, und Leiharbeiter müssen nach angemessener Einarbeitung den gleichen Lohn bekommen wie Festangestellte. Wer will, dass Leistung sich lohnt, muss dafür sorgen, dass es dabei gerecht zugeht.

Ein Grundstein für eine gerechtere Arbeitswelt wäre der gesetzliche Mindestlohn. Ihn konnten wir mit der Union in dieser Legislaturperiode nicht durchsetzen. Aber wir konnten unserem Koalitionspartner gesetzliche Novellierungen abtrotzen, die in vielen Branchen Dumpinglöhne verhindern. Am Ende unserer Bemühungen muss aber ein flächendeckender Mindestlohn stehen, der absichert, dass ein Vollzeitjob zum Lebensunterhalt reicht. ■

Steueroasen: Union muss sich entscheiden

„Man kann nicht gleichzeitig für und gegen Steuerhinterziehung sein“, meint Joachim Poß, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zu den Diskussionen in der Union. Denn internationale Beschlüsse helfen wenig, wenn sie nicht national umgesetzt werden. Die beiden Unions-Parteien müssten „jetzt beweisen, dass sie sich im Einklang mit der nachdrücklichen Haltung von Frau Merkel auf dem G20-Gipfel gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung befinden“.

Hintergrund ist das von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück vorgelegte „Gesetz zur Bekämpfung schädlicher Steuerpraktiken und Steuerhinterziehung“. Es soll vor allem Steuerflucht in so genannte „Steueroasen“ verhindern. Mit diesem Gesetz will Steinbrück letztlich erreichen, dass die für die internationale Zusammenarbeit entwickelten Standards der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) weltweit aner-



Sollen nach dem Willen der SPD-Bundestagsfraktion bald der Vergangenheit angehören: Steueroasen

kannt werden – eine Forderung, die auch der G20-Gipfel aufgestellt hat. Die Unionsspitze hat offenbar ihren

Widerstand aufgegeben. Bleibt zu hoffen, dass auch die Unionsfraktion zum Wort der Kanzlerin steht. ■



Qualifizieren statt entlassen: Viele Firmen nutzen die verbesserten Möglichkeiten der Kurzarbeit.

Konjunkturpaket II kommt in Betrieben an

Vielerorts spannen Betriebsräte Job-Schutzschirme auf. Sie nutzen alle Möglichkeiten der neuen Kurzarbeit, um Entlassungen zu verhindern. Und die Betroffenen machen das Beste draus: Sie qualifizieren sich.

Die Politik hat uns den Ball auf den Elfmeterpunkt gelegt – und wir haben ihn ins Tor geschossen.“ Peter Eggers, Betriebsrat des Stahlwerks Peiner Träger in Peine bei Salzgitter, spielt auf eine wichtige, aber unbe-

kannte Neuregelung der Kurzarbeit an, die der Betriebsrat und die Geschäftsleitung genutzt haben: 180 Leiharbeiter, für die keine Arbeit mehr da ist, gehen bis Ende Dezember auf „Kurzarbeit Null“ und machen gleichzeitig eine Qua-

lizierung. Sie bleiben währenddessen bei Peiner Träger angemeldet. Und weil dort „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt, erhalten sie ein höheres Kurzarbeitergeld, weil es sich nicht auf den – niedrigeren – Leiharbeiterlohn bezieht.

Mit Power statt Panik reagierte auch der Betriebsrat der Spezialmaschinenfabrik Albrecht Bäumer im siegerländischen Freudenberg auf die Krise: Als die Firma jeden fünften ihrer 330 Mitarbeiter feuern wollte, weil der Auftragseingang brutal eingebrochen war, stellte sich der Betriebsrat quer – und setzte Kurzarbeit durch. Denn er muss ihr nicht nur zustimmen, sondern kann sie selbst bei der Arbeitsagentur beantragen.

Gelegenheit zur Fortbildung

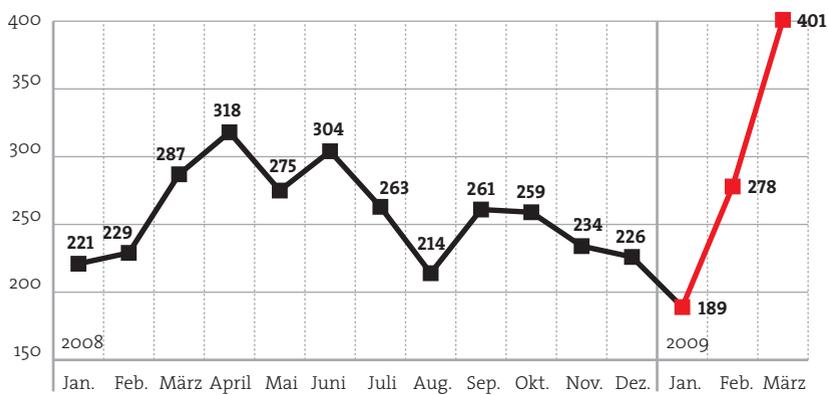
Ob beim Autozulieferer Hella in Lippstadt, bei Thyssen-Krupp Umformtechnik in Bielefeld oder bei Benteler Stahlrohr in Paderborn: Überall werden Phasen der Kurzarbeit genutzt, um Beschäftigte zu qualifizieren. Das Weiterbildungs-Programm (WeGebAU) der Bundesagentur für Arbeit (BA), das nicht mehr nur Geringqualifizierte und ältere Beschäftigte nutzen können, ist besonders beliebt: Wer teilnimmt, bekommt von der BA das volle Entgelt – selbst die Fahrtkosten zum Weiterbildungsträger werden erstattet.

Thomas Bischoff, Betriebsratsvorsitzender vom Corus Service Center in Gelsenkirchen, kann der Krise sogar Gutes abgewinnen: „Es ist die beste Gelegenheit, sich fortzubilden.“ Das sieht auch die Belegschaft so: Die Nachfrage ist größer als das Angebot. Bei den Deutschen Edelstahlwerken (DEW) in Witten können Ungelernte sogar während der Kurzarbeit in 18 bis 22 Monaten einen Facharbeiterbrief erwerben.

Vom 50-Milliarden-Paket der Bundesregierung profitiert auch die Baubranche. 17 Milliarden Euro sollen in die kommunale Infrastruktur fließen. Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)

Gipfelstürmer

Pkw-Neuzulassungen von Januar 2008 bis März 2009 (in 1000)



Um knapp 40 Prozent ist die Zahl der Pkw-Neuzulassungen im März gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Gegenüber Januar 2009 hat sich die Zahl der Zulassungen mehr als verdoppelt. Insgesamt wurden im März knapp 401 000 fabrikneue Autos für den Straßenverkehr zugelassen. Kleinere Fahrzeuge machten klar das Rennen: Besonders hohe Zuwachsraten gab's beim Ford KA, VW Fox, Hyundai I 10 und dem Fiat Panda.

Gelungener Coup

Tags zuvor spekulierten die Medien noch: Wird die Abwrackprämie aufgestockt oder nicht? Am 25. März löfeten Kanzlerin und Vizekanzler das Geheimnis: Die Aufstockung kommt. Das beharrliche Eintreten von Frank-Walter Steinmeier und der SPD-Bundestagsfraktion hat sich gelohnt.

Die „Frankfurter Rundschau“ schreibt vom „Superstar Abwrackprämie“. Sie hat sich laut dpa „zu einem absoluten Renner entwickelt“. Beim zuständigen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) lagen Anfang April über 1,2 Millionen Anträge auf die Prämie vor. Laut Zentralverband des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes (ZDK) sind seit Mitte Januar rund 435 000 – an die Umweltprämie geknüpfte – Kaufverträge unterschrieben worden.

Das freut Autohändler wie Autobauer, Ford und Opel konnten auf Kurzarbeit verzichten. Erfreut sind auch die Versicherer. Der Branchenführer Allianz meldet, dass in der Autoversicherung seit Jahresanfang 30 Prozent mehr Policen-Angebote erstellt worden sind als im Vorjahreszeitraum.

Die IG Metall begrüßt die Absicht der Bundesregierung, die Prämie bis Ende des Jahres zu gewähren. IG Metall-Chef Berthold Huber warnte jedoch vor übersteigerten Erwartungen: „Mit den bisherigen Maßnahmen wurde Zeit gewonnen, mehr nicht.“ Mit der Abwrackprämie allein werde die Automobilindustrie nicht aus der Krise kommen. Sie stimuliere zwar die Inlandsnachfrage, aber fast drei Viertel der Produktion gehen ins Ausland – und dort bricht die Nachfrage ein. ■

begrüßt das. Nach ihrer Einschätzung wird die mit beiden Paketen verbundene Ausweitung der öffentlichen Bautätigkeit den prognostizierten, konjunkturell bedingten Rückgang der Bauinvestitionen 2009 „mehr als ausgleichen“. Die einstige Krisenbranche Bau werde „eine Konjunkturstütze“. „Die Sanierung von Kindergärten, Schulen und Abwasserkanälen ist vielerorts überfällig“, sagt der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. Die zu erwartenden Geldspritzen sicherten Arbeitsplätze.

Ob in der Metall- oder Bauindustrie: Die Maßnahmen des Konjunkturpakets II wirken – ganz im Sinne von Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier, der das Paket initiierte. „Wir wollen, dass die Kolleginnen und Kollegen auch bei Auftragsflaute im Betrieb bleiben“, sagt er. „Qualifizieren statt entlassen“ müsse die goldene Regel sein. „Kluge Unternehmer wissen, dass der Wettbewerb um Fachkräfte schärfer wird. Bildung und Weiterbildung sind ein Schlüsselthema des nächsten Jahrzehnts.“ ■



Auch Betriebsräte können Kurzarbeit beantragen, wenn die Aufträge weniger werden.

Umweltprämie und Kurzarbeit wirken

Interview mit dem IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, lobt die Rolle der SPD beim Krisenmanagement. Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier habe die Widerstände gegen die Umweltprämie in der Union durchbrochen und ohne Bundesarbeitsminister Olaf Scholz wären die Neuregelungen zur Kurzarbeit nicht möglich gewesen, meint Huber im Interview mit „Gute Arbeit“.

Die Abwrackprämie war eine Forderung der IG Metall und der Betriebsratsvorsitzenden in der Automobilindustrie. War's schwieriger, SPD-Politiker davon zu überzeugen oder Vertreter der Union?

Wenn ich mir die heutige Debatte anhöre, dann haben alle die Umweltprämie erfunden. So ist das eben, erfolgreiche Kinder haben viele Väter. Aber wir wissen sehr wohl, dass es in der Union erhebliche Widerstände gab und dass Frank-Walter Steinmeier diese durchbrochen hat. Mit tatkräftiger Unterstützung vieler Betriebsräte aus dem Bereich der Automobil- und Zuliefererindustrie.

Der Erfolg der Abwrackprämie hat viele in Politik, Wirtschaft und Medien überrascht. Sie auch?

Ja und nein. Wir waren überzeugt, dass das Instrument funktioniert. Dass es angesichts der Krisenerwartungen derart schnell und umfassend wirkt, haben auch wir nicht erwartet.

Nach einigem Zögern hat die Politik den Prämien-Topf aufgestockt. Richtig so?

Es ist gut, dass die Bundesregierung den Mut hat, dieses Erfolgsmodell fortzusetzen und die Mittel erhöht. Das verschafft Zeit für die Bewältigung der strukturellen Probleme der Branche und sichert Beschäftigung.

Kritiker sagen, das Geld flösse ins Ausland, weil es nicht nur zum Kauf deutscher Autos verwendet wird. Was sagen Sie?

Jeder Neu- oder Jahreswagen wird bei einem Händler im Inland bestellt und so wie jeder in Deutschland hergestellte Pkw auch Komponenten aus ausländischer Produktion beinhaltet, stecken in jedem ausländischen Pkw deutsche Komponenten.

Man kann der Prämie auch entgegenhalten, dass mit ihr Werte vernichtet werden – alte Autos sind doch noch etwas wert.

Mir ist diese Diskussion bekannt. Aber niemand wird gezwungen, ein neues



Auto zu kaufen. Im Übrigen kaufen die Konsumenten vorrangig kleinere und schadstoffärmere Wagen. Das ist ein Gewinn für die Umwelt.

Es war auch eine Forderung der IG Metall, die Kurzarbeit auf 18 Monate zu verlängern, das Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und die Kosten für die Unternehmen zu verringern. Bestehen die Neuregelungen in der Praxis den Härte-test?

Zuerst: Die Neuregelungen zur Kurzarbeit wären ohne das schnelle und engagierte Handeln von Olaf Scholz nicht möglich gewesen. Und natürlich freut es uns, wenn das Bundesarbeitsministerium auf die Erfahrungen der IG Metall und vieler Betriebsräte zurückgreift. Und zur Tauglichkeit des Instruments: Schauen Sie sich die Zahlen an. Kurzarbeit ist die Alternative zur Arbeitslosigkeit.

Noch verhindert sie Arbeitslosigkeit. Wie lange hält dieser Damm?

Ich hoffe lange. Die IG Metall wird in ihrem Organisationsbereich alles dafür tun, dass in der Krise keine Entlassungen stattfinden. Dass dieser Weg gegangen wird, hängt auch vom öffentlichen Druck auf die Unternehmen ab. Die öffentliche Meinung entscheidet dies mit.

Noch dramatischer als die steigenden Arbeitslosenzahlen ist vielleicht der Rückgang an Ausbildungsplätzen – junge Leute

kommen erst gar nicht ins Berufsleben. Was tun?

Dass viele Unternehmen in dieser Krise wieder die gleichen Fehler machen wie in allen vorangegangenen Krisen, das lässt einen fast verzweifeln. Wer heute nicht weiter ausbildet, der hat nicht erst im nächsten Aufschwung ein riesenproblem. Olaf Scholz hat ja den Vorschlag unterbreitet, dass beim Ausscheiden eines älteren Arbeitnehmers in die Altersteilzeit die Einstellung oder Übernahme eines Jungen durch die Bundesagentur für Arbeit gefördert werden soll. Dieser Vorschlag ist vernünftig. Leider verweigert sich die CDU/CSU-Seite.

Sie fordern ein drittes Konjunkturpaket. Sollten nicht erst einmal die Wirkungen der ersten beiden abgewartet werden?

Wir haben gefordert, ein drittes Konjunkturpaket vorzubereiten, um schnell handeln zu können, wenn die Wirkungen der ersten beiden nicht ausreichen. Konjunkturpaket I und II wurden konzipiert und verabschiedet, als alle noch von einem Minus-Wachstum von zwei Prozent ausgingen. Die heutigen Zahlen lauten aber mindestens minus vier Prozent. Das heißt, die Talfahrt beschleunigt sich. Deshalb muss jetzt weitergedacht und gehandelt werden.

Die IG Metall will mit ihrer Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben“ letztlich ein alternatives Politikmodell entwickeln. Traut sie der Politik nicht mehr über den Weg?

Ja, wir brauchen ein neues Leitbild der gesellschaftlichen Entwicklung. Das neoliberale Credo hat uns doch an den Abgrund geführt. Die FDP und leider auch viele in der Union wollen diesen Weg unbeirrt fortsetzen. „Gemeinsam für ein gutes Leben“ – das ist der Anspruch der Menschen, dass die Gestaltung der Zukunft sich endlich an ihren Interessen und Wünschen orientiert. Wir befinden uns in einer Zeitenwende. Und die kann nur nutzen, wer eine eigene Vorstellung von der Zukunft hat. ■

Info-Box

- **Unbürokratisch und praxisnah:** Dank des Konjunkturpakets II ist Kurzarbeit wesentlich vereinfacht und verbessert worden. Die Sozialabgaben des Arbeitgebers werden von der Arbeitsagentur zur Hälfte übernommen. Bietet die Firma während der Kurzarbeit Qualifizierung an, können die Abgaben auf Antrag voll erstattet werden. Für den Antrag auf Kurzarbeit genügt der Nachweis, dass ein Arbeitsausfall von zehn Prozent vorliegt. Befristete Beschäftigte und Leiharbeiter müssen nicht erst entlassen werden.

Dialog statt Abschreckung

SPD-Bundestagsfraktion für eine neue atomare Abrüstungspolitik

// Die Vision einer atomwaffenfreien Welt ist in der Realpolitik angekommen. Anfang April hat US-Präsident Barack Obama in einer programmatischen Rede in Prag Maßnahmen für eine weltweite atomare Abrüstung angekündigt. Seine Initiative wird von der SPD-Bundestagsfraktion und dem Bundesaußenminister voll und ganz unterstützt. //

Ich begrüße, dass sich Obama zur Vision einer atomwaffenfreien Welt bekennt, auch wenn der Weg dorthin lang und mühevoll sein mag“, erklärte Bundesaußenminister und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier (SPD) unmittelbar nach Obamas Rede. Bereits 2005 setzte er eine deutliche Position zum Thema Atomwaffen im Koalitionsvertrag mit der Union durch – die vertraglich abgesicherte Nichtverbreitung, Abrüstung und Rüstungskontrolle werden dort als



Zwei für eine atomwaffenfreie Welt: Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier und US-Präsident Barack Obama

zentrale Anliegen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik benannt. Die Koalition bekennt sich außerdem zum Ziel der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen. „Die Sozialdemokratie ist im Hamburger Programm von 2007 noch einen Schritt weitergegangen“, sagt Walter Kolbow, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. „Dort plädieren wir für eine neue Dynamik der atomaren Abrüstungspolitik und treten unter anderem auch für den Abzug sämtlicher Atomsprengköpfe, die auf deutschem Boden lagern, ein.“

Steinmeier fordert nun „konkrete Schritte und zählbare Ergebnisse“. Die USA haben bereits angekündigt, dass sie sich bis Ende 2009 mit Russland über ein Nachfolgeabkommen für den Vertrag zur Reduzierung strategischer Waffen (START I) von 1991 einigen wollen. Außerdem soll der Atomwaffenteststoppvertrag gestärkt werden, und ein neuer Abrüstungsgipfel ist für 2010 geplant. Für den Vizekanzler sind das sichtbare Zeichen, dass die „Dogmen der Vergangenheit“ und die „Logik von Abschreckung und Abschottung“ nicht länger zeitgemäß sind. An ihre Stelle müssten die Prinzipien von Zusammenarbeit, Dialog und die Definition gemeinsamer Interessen treten. „Die Menschheit kann zentrale Probleme nur noch gemeinsam lösen“, so Steinmeier. „Dafür brauchen wir eine globale Verantwortungspartnerschaft.“ ■

Das soziale Europa stärken

Eine „soziale Fortschrittsklausel“ in den EU-Grundlagenverträgen könnte den Vorrang von sozialen Grundrechten vor den Binnenmarktfreiheiten sichern.

In der Wirtschafts- und Finanzkrise ist es wichtiger denn je, dass ein starkes und soziales Europa den Menschen Halt bietet. Doch soziale Gestaltung Europas und Ausbau des Binnenmarktes stehen bereits seit geraumer Zeit nicht mehr im Einklang. Gewerkschaften und Sozialdemokraten machen sich deshalb für eine „soziale Fortschrittsklausel“ in allen europäischen Grundlagenverträgen stark. Diese Klausel, erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Angelica Schwall-Düren, „verlangt eine Überprüfung jeder Rechtssetzungsmaßnahme auf europäischer Ebene darauf, ob sie einen sozialen Fortschritt oder einen Rückschritt bedeuten würde“.

Alles muss auf den Prüfstand. Welche sozialen Auswirkungen haben etwa unregulierte Finanzmärkte? Sehr große: Einerseits sollen überhöhte Ren-

diten erwirtschaftet werden – auf Kosten von Erträgen, Löhnen und Steueraufkommen. Andererseits können sie wegen des hohen Crash-Risikos verheerende Auswirkungen auf die Realwirtschaft und damit auf die Arbeitsplätze haben. „In der Konsequenz verlangen diese Einsichten regulierte, transparentere und kontrollierte Finanzmärkte und das Austrocknen von Steueroasen weltweit“, sagt Schwall-Düren. Das ließe sich aber nur erreichen, wenn sich die Europäer einig sind. „Die europäische Koordinierung in Wirtschaftsfragen muss besser werden.“ Es mache keinen Sinn, national ein Konjunkturprogramm aufzulegen, wenn gleichzeitig andere Mitgliedstaaten etwa über Steuersenkungen zu Standortverlagerungen motivieren, ohne dass zusätzliche Anreize für die Konjunktur geboten würden.

Welchen Kurs die EU in solchen Fragen künftig einschlägt, darauf hat auch das EU-Parlament Einfluss. Und damit wird die Europawahl am 7. Juni auch zu einer Richtungsentscheidung über das Europa der Zukunft. ■

EU-Parlament sichert Arbeitnehmerrechte

Die Europa-Skepsis in allen EU-Mitgliedstaaten ist groß. Die ohnehin schon geringe Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) sinkt beständig. Beteiligt sich 1994 noch über 60 Prozent der Deutschen an den Europawahlen, waren es 2004 nur 43 Prozent. Die geringe Wahlbeteiligung schwächt das Parlament. Dabei ist es vor allem das EP, das in Zeiten neoliberaler Mehrheiten in Europa immer wieder konsequent Arbeitnehmerinteressen vertritt.

■ Arbeitszeit

Ohne die Intervention des EP wäre die 60-Stunden-Woche in Europa längst die Norm. Doch das EU-Parlament will an der 48-Stunden-Woche als maximaler Arbeitszeit festhalten und hat sich gegen einen Einstieg in die 60-Stunden-Woche

ausgesprochen. Zuvor hatte der EU-Ministerrat sich darauf verständigt, in Ausnahmefällen bis zu 65 Wochenstunden Arbeit zuzulassen. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf lehnte das EP im Dezember 2008 ab.

■ Europäische Betriebsräte (EBR)

Gerade in der weltweiten Wirtschaftskrise ist die grenzüberschreitende Kooperation der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter wichtiger denn je. Der Fall Nokia hat gezeigt, dass Betriebsräte rechtzeitig und umfassend über geplante Umstrukturierungen informiert werden müssen, damit sie Alternativen entwickeln können. Das EP hat dafür gesorgt, dass in der überarbeiteten EBR-Richtlinie unter anderem die Informationspflichten der Arbeitgeber konkretisiert wurden.

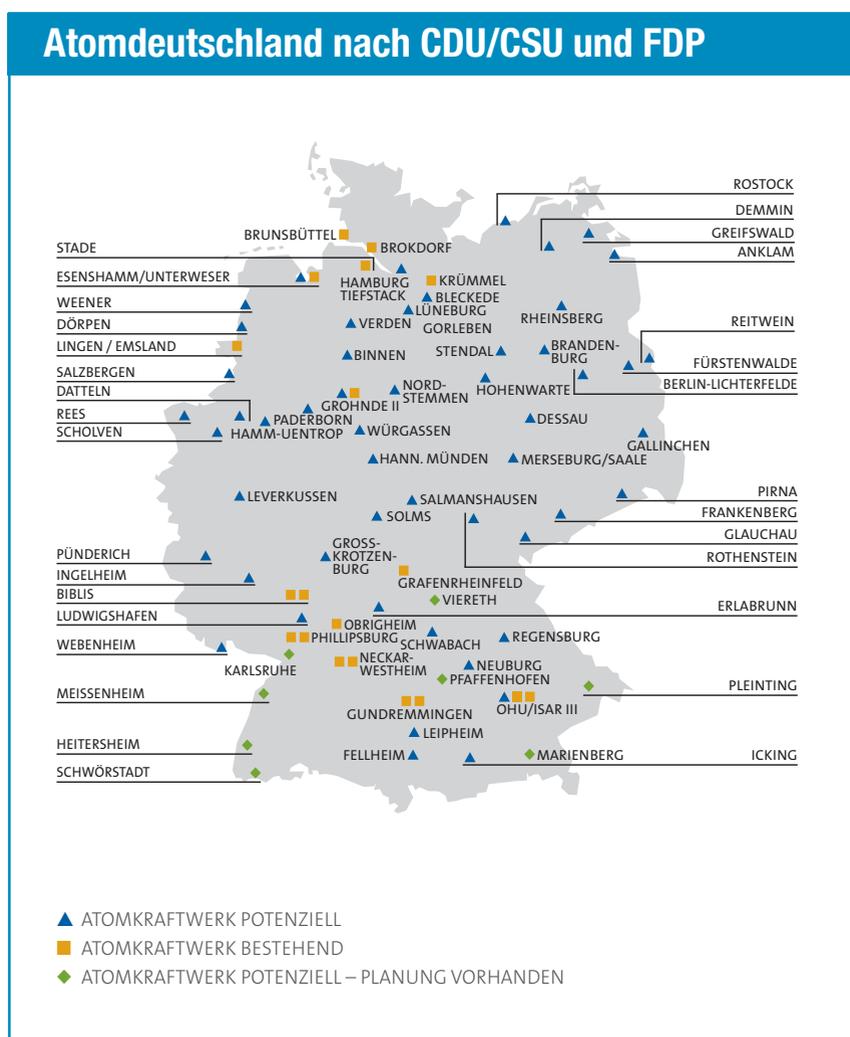
Atomenergie: überholt und hochgefährlich

Warum die SPD-Bundestagsfraktion am Atomausstieg festhält

Bisher sprachen CDU/CSU in Debatten um die Atomenergie lediglich davon, die Laufzeiten der vorhandenen Atomkraftwerke (AKW) verlängern zu wollen. Jetzt legt die Union argumentativ nach – und zeigt, worum es ihr eigentlich geht: um den Neubau von AKWs. Die SPD-Bundestagsfraktion hält dagegen.

„Wenn europäische Länder den Neubau planen, kann Deutschland nicht abseits stehen“, erklärte Unions-Fraktionsvize Katherina Reiche erst im Februar. Dabei gibt es jede Menge stichhaltige Gründe, warum Deutschland am Atomausstieg festhalten muss: Die SPD-Bundestagsfraktion hat sie in der Broschüre „70 Argumente gegen Atomenergie“ zusammengetragen. Denn die Argumente, die die Atom-Befürworter jetzt wieder aus der Mottenkiste holen, lassen sich problemlos widerlegen. Zum Beispiel der Mythos vom klimafreundlichen Atomstrom. Denn CO₂ wird sowohl beim Bau von AKWs, Wiederaufbereitungsanlagen und Endlagerstätten freigesetzt als auch bei der Jahrhunderte dauernden Sicherung der Endlager.

Außerdem ist Atomenergie keineswegs so günstig, wie ihre Befürworter gerne glauben machen wollen – letztendlich finanzieren schließlich die Steuerzahler die öffentlichen Ausgaben für Atomaufsicht, atomare Altlasten und den Rückbau aufgegebener Projekte und Wiederaufbereitungsanlagen. Und wer Deutschland bei der Energieversorgung unabhängiger vom Öl machen will, der muss dasselbe Argument auch auf die Atomkraft anwenden: Deutschland im-



Wer neue Atomkraftwerke (AKWs) bauen will, der muss auch sagen wo. Die EWO Energietechnologie GmbH hat im Auftrag der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien in einer Kurzstudie bereits 2002 untersucht, wo neue AKWs entstehen könnten, wenn sich die damaligen Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP mit ihrem Konzept eines „fossil-nuklearen Energiemix“ in der Enquete-Kommission des Bundestags zur nachhaltigen Energieversorgung durchgesetzt hätten. Wohlgemerkt: Die Orte in der Grafik zeigen lediglich technisch und infrastrukturell mögliche Standorte für neue Atommeiler. Trotzdem bleibt die Frage an Union und FDP: Wo soll's denn hin – das nächste AKW?

www.spdfraktion.de
 > Themen > Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Fakten zum Atomstrom

- **4500** Tonnen hochradioaktiver Atom-müll würden zusätzlich entstehen, wenn die AKW-Laufzeiten nur um zehn Jahre verlängert werden.
- **9** Milliarden Euro mindestens mussten die Steuerzahler bisher für gescheiterte Atomenergieprojekte zahlen (z.B. für den „Schnellen Brüter“).
- **4137** meldepflichtige Zwischenfälle hat es in den deutschen AKWs seit ihrer Inbetriebnahme gegeben.
- **5,4** Prozent macht der Anteil der Atomenergie am Endenergieverbrauch aus. Die Erneuerbaren Energien kommen jetzt schon auf 8,5 Prozent.

Mehr Arbeitsplätze, mehr Wachstum

Erneuerbare Energien sind nicht nur ökologisch und für den Klimaschutz enorm wichtig und sinnvoll – sie sind auch ein echter Jobmotor. Und der Boom hält an: Von 2007 auf 2008 ist die Zahl der Beschäftigten in der Branche noch einmal um über zehn Prozent gestiegen, wie ein aktueller Bericht im Auftrag des Bundesumweltministeriums zeigt. Einen solchen Beschäftigungsaufbau kann sonst kaum ein zweiter Wirtschaftszweig aufweisen: Knapp 280 000 Menschen arbeiten in Deutschland inzwischen im Bereich der



Jobmotor: Erneuerbare Energien

Erneuerbaren Energien. Und auch wirtschaftlich haben Windenergie, Solarenergie und Co. – allen Unkenrufen zum Trotz – deutlichen Erfolg: 2008 stiegen Investitionen und Erlöse aus dem Anlagenbetrieb auf rund 30 Milliarden Euro – fast 4,5 Milliarden mehr als im Vorjahr.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich schon früh für eine Förderung regenerativer Energien eingesetzt – unter der rot-grünen Bundesregierung wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im Bundestag beschlossen. ■

Vorgestellt



Christel Humme

Für die SPD-Bundestagsabgeordnete Christel Humme (59) und Caren Marks (45) steht Frauen- und Gleichstellungspolitik ganz oben auf der Agenda. Beide erhielten dafür bei der letzten Bundestagswahl das besondere Vertrauen ihrer Wählerinnen und Wähler: Sie konnten ihren Wahlkreis direkt gewinnen. Caren Marks ist Sprecherin der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Bundestagsfraktion. Die Leitung der Arbeitsgruppe hat sie 2008 von Humme übernommen, die zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden aufgerückt ist.



Caren Marks

Gleiche Rechte, gleiche Chancen und vor allem Entgeltgleichheit von Frauen und Männern sind den beiden Parlamentarierinnen ein besonderes Anliegen. Dass Frauen immer noch wesentlich weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, wollen Humme und Marks nicht hinnehmen. Sie gehören zu den Initiatorinnen des 10-Punkte-Plans „Jetzt sind Frauen dran: Gleiche Chancen im Beruf verwirklichen!“ „Frauen verdienen mehr als die Unverbindlichkeit von CDU/CSU“, meint Marks. „Frauen verdienen gleichen Lohn, gleiche Rechte, eine bessere Gleichstellungspolitik.“ Dafür „wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bundestag Nägel mit Köpfen machen“, erklärt Christel Humme.

Gleiche Chancen für Frauen durchsetzen

SPD-Bundestagsfraktion legt 10-Punkte-Plan vor



Demonstrieren am „Equal Pay Day 2009“ (20. März) vor dem Brandenburger Tor in Berlin für Entgeltgleichheit von Frauen und Männern: SPD-Generalsekretär Hubertus Heil (MdB), die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der AG Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Elke Ferner (MdB), DGB-Vize Ingrid Sehrbrock und DGB-Referatsleiterin Jenny Huschke (v.l.)

// Frauen sind in der Arbeitswelt immer noch benachteiligt – das will die SPD-Bundestagsfraktion ändern. //

Millionen Frauen werden heute noch für gleiche und gleichwertige Arbeit schlechter bezahlt und damit um den Lohn, der ihnen zusteht, betrogen.“ Dieses Zitat stammt von der Gewerkschafterin Maria Weber – und es stammt aus dem Jahr 1964. Es ließe sich aber problemlos ins Jahr 2009 übertragen, denn seit 1964 hat sich zwar einiges getan – aber längst nicht genug. Immer noch verdienen Frauen in Deutschland im Schnitt 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen – eine solch große Lücke gibt es in kaum einem anderen europäischen Land. Immer noch werden Frauen in der Arbeitswelt aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt. Und immer noch sind Frauen in Führungspositionen selten.

Das muss sich ändern – und die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich aktiv für bessere Chancen von Frauen in der Arbeitswelt ein. Anfang März hat sie deshalb den 10-Punkte-Plan „Jetzt sind Frauen dran: Gleiche Chancen im Beruf verwirklichen!“ beschlossen. Mit diversen Maßnahmen soll Gleichstellung endlich Wirklichkeit werden. Auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft wollen sich die Sozialdemokra-

tinnen und Sozialdemokraten nicht mehr verlassen. „Freiwillige Vereinbarungen haben nichts bewirkt“, meint Elke Ferner, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und ASF-Vorsitzende. Wer sich wie Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen „auf bloße Appelle beschränkt und gesetzliche Regelungen ablehnt, verfestigt die strukturelle Diskriminierung von Frauen“.

Zu den zehn Punkten gehört etwa die Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn: Denn vor allem Frauen sind besonders häufig von Niedrig- und Dumping-Löhnen betroffen. Außerdem soll eine gesetzliche Quote für die Besetzung von Aufsichtsräten eingeführt werden: Mindestens 40 Prozent der Sitze sind von Frauen zu besetzen. Dieses Ziel wurde inzwischen ins Programm der SPD zur Bundestagswahl aufgenommen.

men. Gesetzliche Regelungen soll es auch geben, um mehr Frauen in Spitzenpositionen der Privatwirtschaft zu bringen. „Das ist nicht nur gerecht, sondern auch ökonomisch klug“, erklärt die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks.

Eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey zeigt: Konzerne mit einem hohen Frauenanteil im Management sind auch Spitze beim wirtschaftlichen Erfolg. Weitere Maßnahmen des 10-Punkte-Plans setzen auf ein geschlechtergerechtes Steuersystem, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine politische Offensive, um die Situation von Alleinerziehenden zu verbessern. „Wir wollen endlich vorankommen“, erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Christel Humme. Deshalb setzte der Plan auf einen „Mix von verbindlichen und gesetzlichen Maßnahmen“. ■

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Herstellung: Network Media GmbH
Redaktion: Ralf Bergmann, Anja Linnekugel
Texte: Anne Graef, Sebastian Henneke, Norbert Hüsson, Timm Steinborn
Druck: Frankenpost Verlag GmbH
 Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.
Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion und Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:
 – per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin
 – per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de
 – per Fax: 030/22756800